

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: 886846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Wolfgang Thierse MdB zur Notwendigkeit des Dialogs der Deutschen über den Vereinigungsprozeß: Endlich darüber reden, was wir miteinander wollen.

Seite 1

Hermann Benker MdL und Dr. Jürgen Hinz MdL zur Erfordernis einer Ökologisierung des Kfz-Steuerrechts: Radikales Umdenken in der Verkehrspolitik erforderlich.

Seite 3

### Dokumentation

Der Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Medien hat dazu aufgefordert, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus entschieden entgegenzutreten: Zeichen setzen für Demokratie, Freiheit und Menschenwürde. Wortlaut

Seite 5

48. Jahrgang / 1

4. Januar 1993

### Endlich darüber reden, was wir miteinander wollen Zur Notwendigkeit des Dialogs der Deutschen über den Vereinigungsprozeß

Von Wolfgang Thierse MdB  
Stellvertretender SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender

Viele Menschen wissen es, die meisten spüren es, alle ahnen es: Vor uns liegt ein Jahrzehnt voller Zumutungen und Unwägbarkeiten. Die deutsche Einigung, der Umbruchprozeß in Europa werden begleitet sein von bittersten Verteilungskämpfen. Wenn die SPD eine Partei der befreienden Wahrheit sein will (was ich mir wünsche), dann wird sie ein Programm wechselseitiger Zumutungen für die West-Ost-Deutschen formulieren und zugleich und vor allem die in den Zumutungen enthaltenen Chancen sichtbar machen müssen. Es geht nicht einfach um Verzicht, dem ja kaum einer etwas Positives noch abgewinnen kann. Es geht um eine Kultur materieller Bescheidenheit - um nationaler, europäischer, globaler Solidarität willen und vor allem um der Solidarität mit den künftigen Generationen willen.

Alte Fragen stellen sich neu: Was heißt soziale Gerechtigkeit unter Bedingungen nicht des Wachstums, sondern der Umverteilung? Was ist Sache/Funktion des Staates, und was des Einzelnen und gesellschaftlicher Gruppen und Strukturen? Wie gehen wir friedlich mit den Verteilungskämpfen um und verteidigen unsere Demokratie angesichts sich verschärfender Verteilungskonflikte? Wie bewahren, wie erlernen wir Konfliktfähigkeit in weniger idyllischen Zeiten? Die Antworten darauf, unsere politischen Handlungsangebote werden darüber entscheiden, ob der Schrecken heute wirklich die Erscheinung des Neuen, die gegenwärtige Furcht wirklich die erste Gestalt der Hoffnung ist, die sie überwindet.

"Glücklich sein heißt, ohne Schrecken seiner selbst inne werden können", hat Walter Benjamin geschrieben. Sind wir Deutschen in diesem Sinne heute ein glückliches Volk? Ich fürchte, nein! Aber sind wir verurteilt, unsere böse Geschichte wirklich zu wiederholen? Hoyerswerda und Hünxten, Rostock und Sachsenhausen haben uns an unsere schlimmsten kollektiven Erfahrungen erinnert. Sie erscheinen plötzlich wiederholbar. Müssen wir sie wiederholen? Ist das der Preis der Einheit? Ich glaube, nein, wenn er es wäre, dann wäre die Einheit falsch gewesen! Diesen Preis dürfen wir niemals entrichten wollen oder zulassen. Ich hoffe, daß deutsche Geschichte auch

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veräußern-Umgebe  
nur verwaltete Kopierstoffe  
Recycle-Paper



einmal gut ausgehen könnte. Wenn wir die jetzigen Probleme auch als Chance begreifen und sie vernünftig und gerecht lösen. Unser Sofortprogramm ist unser Vorschlag für die allernächsten Schritte, damit die Deutschen ihre unverhoffte Chance zu gemeinsamem Glück nicht (wieder) vertun.

\*

Mir scheint, wir befinden uns an einer entscheidenden Wegmarke. Nüchternheit ist - bestenfalls - eingekehrt, ansonsten herrschen Apathie, Desorientierung und Verzweiflung. Nun erst muß sich zeigen, ob diese Krise von der Politik - aber natürlich nicht von ihr alleine - bewältigt werden kann oder ob sie sich zu einer dauerhaften Krankheit auswächst.

Wir Ostdeutschen selbst haben uns nun erneut dessen zu vergewissern, uns selbst zu besinnen, was wir denn gewollt haben, was wir heute wollen, was unsere Ziele in diesem widersprüchlichen Einigungsprozeß sind. Wir sind immer noch nicht richtig in Deutschland angekommen. Aber das Zurückgeworfensein, die drohende Apathie und die Desorientierung zwingen geradezu zu dem, was ich unseren neuen, unseren zweiten Mut nennen möchte. Dazu gehört, daß wir uns auch erneut auf das besinnen, wo wir herkommen, was wir mitbringen in dieses größere Deutschland, was es Bewahrenswertes gibt, damit wir nicht zu den schlechteren Kopien unserer westdeutschen Nachbarn werden.

\*

Ich will die Aufgabe, die wir haben, in eine Frage kleiden: Welche Elemente muß eine Konzeption haben, die den Nachholprozeß gegenüber dem Westen möglich macht, dabei die Fehler ökologischer Zerstörung und der Nur-Orientierung auf Massenkonsum vermeidet und gleichzeitig an gewachsenen positiven Werten und Handlungsmustern der DDR-Mangelgesellschaft anknüpft?

Ich weiß, wir stecken bei diesen Überlegungen erst in den Anfängen. Ein wenig hört sich ja diese programmatische Aufgabe auch an wie der Versuch einer Quadratur des Kreises. Worum es mir geht, läßt sich vielleicht am besten mit drei kurzen Schlaglichtern verdeutlichen.

1. In der DDR-Nischengesellschaft, dieser Notgemeinschaft der Bürger gegen den Staat, wurde das Füreinanderstehen in weit größerem Maße zu einer Überlebensbedingung, als dies für die widersprüchlichen Verhältnisse einer entwickelten Industriegesellschaft mit offenen Formen gesellschaftlicher Artikulationsmöglichkeiten gilt, die ja als Kehrseite eher Individualisierungs- und Einzelungstendenzen kennt. Könnte nicht aus dieser "Solidarität des Mangels" etwas entstehen, was ein Wiederanknüpfen an die alte Idee der genossenschaftlichen Selbsthilfe möglich macht? Schreit nicht das staatliche Versagen geradezu nach solidarischer Selbsthilfe von unten, nach genossenschaftlicher Organisation in den Bereichen Wohnungswesen (wo ja gewichtige organisatorische Ansätze da sind), Landwirtschaft und Handwerk?
2. Per definitionem kann eine Mangelgesellschaft keine Überflußgesellschaft, also auch nur in geringem Maße eine Wegwerfgesellschaft sein. Wäre die damit verbundene Tugend, die die Westdeutschen und alle Westgesellschaften um ihres eigenen Überlebens willen erst mühselig werden wieder lernen müssen, die wir Ostdeutschen aber schon mitbringen, noch nicht genügend abgestreift haben, nicht bewahrenswert? Könnten sich daraus nicht phantasievolle Anknüpfungsmöglichkeiten für ein ökologisch verträgliches Produzieren und Konsumieren ergeben?
3. Können wir nicht beitragen zu einer Rückbesinnung auf die Vorteile räumlicher Nähe? Ließen sich daraus nicht Ansatzpunkte für integrative Verkehrskonzepte für Städte und Regionen entwickeln, die die schrecklichen Fehlentwicklungen des Westens vermeiden, die zu unverantwortlicher Verschleuderung von Ressourcen und zu unerträglicher Belastung unserer Lebensumwelt führt. Die Segnungen der gleichen Verkehrs- weil Auto-Dichte haben wir schon erfahren. Also wäre die Entdeckung der Langsamkeit zu wiederholen.

Alle drei Komplexe veranschaulichen meines Erachtens, daß es aus vielerlei Gründen bei unseren weitergehenden Vorstellungen nicht darum gehen kann, daß die Ostdeutschen möglichst schnell gute, nicht mehr unterscheidbare Westdeutsche werden. Uns allen ist ja aus dem Bewußtsein gerückt, daß die westdeutsche SPD selbst vor nicht allzu langer Zeit mit dem Stichwort des "Ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft" den fundamentalen Veränderungsbedarf der eigenen Gesellschaft analysiert und programmatisch beschrieben hat. Ein neues, verändertes Deutschland wird davon mehr haben müssen, als sich zur Zeit in unseren Debatten wiederfindet.

Die Diskussion darüber, was wir - plötzlich vereint und von den unbewältigten Problemen dieser plötzlichen Einigung tagtäglich belästigt - miteinander wollen, diese Diskussion muß endlich nachgeholt, endlich begonnen werden. Was heißt Angleichung der Lebensverhältnisse? Wer formuliert die Norm dafür? Ist der "Westen", die bisherige Bundesrepublik (alt) der Maßstab für alles, was die Ostdeutschen zu werden haben? Wie ist eine sowohl in der Richtung wie im Tempo längst als problematisch empfundene Logik des Nachholens zu durchbrechen? Wie also sollen die Ostdeutschen sich und ihre Verhältnisse ändern und die Westdeutschen auch, damit innere Einigung und nicht Assimilation stattfindet? Können wir endlich gemeinsam Ziele formulieren? Darüber ist nun zu reden. Die einfache, aber - wie die letzten drei Jahre gezeigt haben - nicht selbstverständliche Voraussetzung dafür ist: Die Westdeutschen müssen zur Selbstkritik und zum Zuhören bereit sein. Den Ostdeutschen wird dies ohnehin als selbstverständlich abverlangt.

(-/4. Januar 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Radikales Umdenken in der Verkehrspolitik erforderlich** **Zur Erfordernis einer Ökologisierung des Kfz-Steuerrechts**

Von Hermann Benker MdL

Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein und  
Dr. Jürgen Hinz MdL

Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein

Die SPD-Landtagsfraktion wird zum Beginn des neuen Jahres einen Antrag in den Landtag bringen, mit dem eine Umorientierung der bisherigen Verkehrspolitik eingeleitet werden soll.

Alle Prognosen gehen von einem weiter wachsenden Volumen des Güter- und Personenverkehrs vor allem auf der Straße aus. Dies wird oft wie ein unumstößliches Datum hingenommen. Weder in ihrer konkreten Verkehrspolitik noch im Bundesverkehrswegeplan, der im Frühjahr 1993 von der Bundesregierung verabschiedet werden soll, sind Maßnahmen zur Umsteuerung enthalten. Daß die Mittel für den Schienenausbau geringfügig höher erscheinen, liegt allein an einem kosmetischen Trick, indem die Kosten für das "rollende Material" mit einbezogen werden. Wenn so auch beim Straßenverkehr vorgegangen würde, wären die Daten völlig anders.

Es gilt, auf die Ungleichbehandlung von Straßen- und Schienenausbau hinzuweisen: Während der Bau von Straßen voll vom Steuerzahler bezahlt wird, muß die Eisenbahn ihre Investitionen verdienen. Das verursacht eine Verschuldung, die nicht eingetreten wäre, wenn der Staat seine Aufgabe zum Ausbau der Schienenwege von Anfang an wahrgenommen hätte, statt diese zu Lasten von Straßen

zu vernachlässigen. Statt schienengebundene Hochgeschwindigkeitsstrecken zu bauen, hat die Bundesregierung geschlafen und sogar Flächen in der Strecke abgebaut. Statt den Güterverkehr mit allen Mitteln auf die Schiene zu verlagern, hat man die Dienstleistungen der Bahn in diesem Bereich aufgegeben. Statt neue Übergangstechnologien von der Schiene auf die Straße mit Forschungsmitteln zu fördern, schien der JÄGER 90 wichtiger.

Diese ideologisch verbohnte, kurzsichtige Politik der Bundesregierung muß endlich ein Ende haben. Umwelt, Bürgerinnen und Bürger leiden seit Jahren unter den Folgen einer einseitigen Lobby für den Straßenbau.

Das Umdenken setzt langsam ein. Überall werden früher als "autogerecht" ausgebaute Städte verkehrsberuhigt. Lübeck und Bologna sind vorbildliche Beispiele. In Kiel wurde übrigens die erste "Fußgängerstraße" nach dem Krieg eingerichtet.

Die Opfer des Straßenverkehrs dürfen nicht als gegeben hingenommen werden. Circa 8.000 Tote und mehrere hunderttausend Verletzte jährlich in Deutschland bedeuten nicht nur für die Angehörigen großen Schmerz, sondern verursachen auch volkswirtschaftlich hohe Kosten. Deshalb haben wir in Schleswig-Holstein ein Programm zur Erhöhung der Verkehrssicherheit aufgelegt, das allein von September 1991 bis September 1992 zu folgenden Rückgängen geführt hat:

- sechs Prozent Unfälle
- acht Prozent Sachschäden
- ein Prozent Personenschäden
- vierzehn Prozent Tote
- ein Prozent Verletzte.

Auch die Unfallfolgekosten des Straßenverkehrs zeigen, daß er sehr viel teurer ist als der schienengebundene Verkehr. Außerdem hat der motorisierte Straßenverkehr die stärksten Folgen für die Umwelt. Waldsterben und saurer Regen sind nur die ersten Vorboten. Deshalb muß jetzt energisch umgesteuert werden. Die Bundesregierung hat zwar zugesagt, bis 2005 den Kohlendioxidausstoß der Bundesrepublik um 30 Prozent zu verringern, aber eingeleitet ist noch nichts. Auch die auf dem Papier erwarteten Einsparungen drohen, durch den Zuwachs an Verkehrsleistungen aufgeessen zu werden.

Alle Experten sagen uns, daß endlich etwas getan werden muß. Wir nehmen an, daß noch Chancen vorhanden sind, daß es noch nicht zu spät ist.

Wir fordern daher:

- Die Kraftfahrzeugsteuer als eine emissionsbezogene Steuer (Abgassteuer) aufrechtzuerhalten.
- Den Kraftstoffverbrauch zu kontrollieren und Grenzwerte einzuführen. Nicht der Trend zu immer größeren Pkws mit immer stärkeren Motorleistungen ist die notwendige Antwort auf die Probleme, sondern die Begrenzung des Kraftstoffverbrauchs auf unter fünf Liter pro 100 km. Die Industrie hat technische Lösungen gefunden. Wir wollen sie politisch begleiten.
- Die Mineralölsteuer anzuhaken. Wer viel fährt, soll auch mehr bezahlen oder den ÖPNV nutzen. Für den Berufs-, Ausbildungs- und Sozialverkehr müssen steuerliche Verrechnungsmöglichkeiten geschaffen werden. Die erzielten Mittel sollen direkt zur CO<sub>2</sub>-Reduktion und nicht zur Entschuldung der Bundesbahn verwendet werden.
- Aus der erhöhten Mineralölsteuer den Ländern erhöhte Anteile zuzuweisen, um damit Strukturverbesserungen bezahlen zu können. Vorhandene Schienenstrecken müssen wieder aktiviert, der

ÖPNV muß schnell, preiswert und leistungsfähig ausgebaut werden. Dafür sind mehr Mittel als bisher notwendig.

- Straßenbenutzungsgebühren für den Güterverkehr einzuführen, die so gestaltet sein müssen, daß sie nicht nur für die Autobahn gelten.

Es müssen neue integrative Verkehrssysteme entwickelt werden, die die Vorteile des schienengebundenen mit dem individuellen Verkehr verbinden. Insbesondere müssen Güterladungen, die lange Transitstrecken zurücklegen, auf die Schiene verlagert werden.

Aus unserer Arbeit in der Enquete-Kommission zur Einsparung von Energie folgt, daß der Hauptenergieverbraucher, der motorisierte Individualverkehr, zu einer sparsamen und effizienteren Energienutzung fortentwickelt werden muß. Den politischen Rahmen wollen wir setzen.

(-/4. Januar 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Zeichen setzen für Demokratie, Freiheit und Menschenwürde**

Der Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Medien hat dazu aufgefordert, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus entschieden entgegenzutreten. Der Appell im Wortlaut.

Es brennt wieder in Deutschland. Menschen werden ermordet. Die Demokratie ist gefährdet. Starke Kräfte versuchen, dieses Land immer weiter nach rechts zu drücken. In unverantwortlicher Weise wurde das Thema "Asyl" mißbraucht und damit Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus gefördert.

#### **Dem müssen wir uns entgegenstellen.**

Der Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Medien appelliert an alle Mitglieder, vor allem an alle Betriebsräte und Vertrauensleute, Aktionen gegen die Ausländerfeindlichkeit und gegen den Rechtsradikalismus zu unterstützen sowie diese Themen auch auf Betriebsversammlungen anzusprechen. Es ist höchste Zeit Zeichen zu setzen für die Erhaltung von Demokratie, Freiheit und Menschenwürde.

Durch ein friedliches Zusammenleben mit unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern leisten wir einen Beitrag zur Sicherung der Demokratie in Deutschland. Durch Widerstand gegen Sozialabbau und gegen Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten verhindern wir, daß die Entwicklung zu einem rechtskonservativen Staat sich fortsetzt.

- Der Hauptvorstand der IG Medien bittet alle Mitglieder, sich für Toleranz gegenüber ausländischen Bürgerinnen und Bürgern einzusetzen, sich an Aktionen zum Schutz von Ausländerheimen zu beteiligen und Solidarität mit Asylbewerbern zu demonstrieren.

An die Mitglieder des Deutschen Bundestages appelliert der Hauptvorstand, den Artikel 16 des Grundgesetzes nicht zu ändern.

- Der Hauptvorstand der IG Medien fordert alle Mitglieder auf, die Aktionen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, anderer Gewerkschaften sowie weiterer Organisationen zu unterstützen, um so bei der Wahrung der Würde aller Menschen zu helfen.
- Die Ausländerfeindlichkeit sollte zum Thema von Betriebs- und Jugendversammlungen gemacht werden. Am Arbeitsplatz müssen deutschen und ausländische Kolleginnen und Kollegen solidarisch zusammenstehen. Sie haben die gleichen Interessen und dürfen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Um dies zu unterstreichen sollten Zeichen der Solidarität gesetzt und Demonstrationen bis hin zu kurzfristigen Arbeitsniederlegungen durchgeführt werden.

- Betriebe, Ortsvereine und Bezirke sollten Partnerschaften für Wohnheime übernehmen, um die Menschen in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen, in erster Linie aber, um das gegenseitige Verstehen zu fördern und das Zusammenleben der Menschen zu verbessern.
- Örtliche Arbeitskreise, an denen auch Einrichtungen der Erwachsenenbildung, die Kirchen sowie Vereine beteiligt werden sollten, könnten praktische Probleme lösen helfen, die Gemeinden beraten und so einen wertvollen Beitrag zur Versachlichung der Probleme und zum Abbau von Vorurteilen und Emotionen, zur Förderung von Toleranz und Freundschaft leisten.
- Besondere Verantwortung tragen die Ausbilder in den Betrieben und die Lehrer in den Berufsschulen. Über das Gespräch müssen sie versuchen, die jungen Erwachsenen für die Hintergründe der Flüchtlingsströme zu sensibilisieren. "Runde Tische" mit ausländischen und deutschen Jugendlichen könnten helfen, Verständnis zu wecken, das Miteinander zu begründen.
- Der Hauptvorstand der IG Medien appelliert insbesondere an Journalistinnen und Journalisten, nicht zuletzt aber auch an Verlagsleitungen, alles zu unterlassen, was die ausländerfeindliche Stimmung weiter anheizen könnte, statt dessen sachlich über die Probleme zu berichten und die wirklichen Ursachen zu benennen.
- Der Hauptvorstand der IG Medien appelliert an die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, Ihre Bemühungen um eine sachgemäße Darstellung der Ausländerproblematik weiter zu verstärken.
- Die Mitglieder der Fachgruppen Journalismus und Rundfunk, Fernsehen und Audiovisuelle Medien werden aufgefordert, in den Redaktionen und im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen Diskussionen über die journalistische Behandlung des wachsenden Fremdenhasses durchzuführen.
- Die Beschäftigten in Druckereien und Verlagen fordert die IG Medien auf, sich nicht an der Herstellung von ausländerfeindlichen Drucksachen zu beteiligen. Durch eigene Stellungnahmen, die zum Beispiel als Anzeigen in der Zeitung geschaltet werden, soll auch öffentlich Solidarität bekundet werden.

Der Hauptvorstand der IG Medien appelliert nachdrücklich an alle Bürgerinnen und Bürger, vor allem aber auch an alle Politikerinnen und Politiker, entschieden der wachsenden Rechtsentwicklung entgegenzutreten und sich für die Sicherung der Demokratie, für die Wahrung der Menschenrechte und für den Ausbau des Sozialstaates einzusetzen.

(-/4. Januar 1993/rs/fr)

\*\*\*\*\*